

Antrag

des Abg. Dr. Thorsten Schwarz u. a. CDU

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus: Sicherung und Weiterentwicklung

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sie die bisherige Arbeit der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) am Generallandesarchiv Karlsruhe bewertet;
2. welche Ziele und Aufgaben die Einrichtung in den kommenden Jahren erfüllen soll;
3. wie sie die personelle Kontinuität und organisatorische Handlungsfähigkeit der DokRex in den kommenden Jahren sicherstellen will;
4. wie sie die Fortführung und Weiterentwicklung des Monitorings der DokRex sicherstellen will, sodass rechtsextreme Inhalte in Internet, sozialen Medien und Printmedien kontinuierlich beobachtet, bewertet, sichert und analysiert werden; insbesondere, welche Schritte zur Umsetzung des 2025/26 entwickelten Konzepts mit erweiterten Recherchen zu sozialen Medien sowie Bild- und Tonmaterial vorgesehen sind;
5. wie die Finanzierung nach Auslaufen der Projektmittel zum 31. Dezember 2026 gewährleistet werden soll;
6. wie sich die Zusammenarbeit der DokRex mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg gestaltet, insbesondere beim Informationsaustausch und bei der fachlichen Einordnung rechtsextremer Entwicklungen;
7. welche rechtlichen, organisatorischen und datenschutzrechtlichen Grenzen für die Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz, insbesondere bei der Nutzung oder Weitergabe von Informationen und digitalen Materialien, gelten;
8. wie die weitere Zusammenarbeit der DokRex mit dem Institut für Rechtsextremismusforschung an der Universität Tübingen (IRex) intensiviert werden soll beziehungsweise welche konkreten Forschungs- oder Lehrvorhaben geplant sind;
9. ob und wie die DokRex künftig mit Zivilgesellschaft, Schulen, Justiz, Sicherheitsbehörden und weiteren staatlichen Stellen zusammenarbeiten soll und wie dabei die jeweiligen Aufgaben und Rollen abgegrenzt werden;
10. welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, die Arbeit der DokRex mit der KI-Strategie des Landes zu verbinden und weiterzuentwickeln;
11. welche Ressourcen und welchen Zeitplan die Landesregierung für den Aufbau und Betrieb von RECHTS.GESCHEHENonline vorsieht;
12. welche inhaltliche und organisatorische Rolle die DokRex bei der geplanten Ausstellung „Rechtsextremer Terror“ 2026/27 übernehmen soll;

13. wie die Landesregierung die dauerhafte institutionelle und finanzielle Absicherung der gesetzlich verankerten DokRex sicherstellen will und welche Möglichkeiten sie für Kooperationsprojekte sieht, die insbesondere durch öffentliche Drittmittelprogramme, etwa von Bund oder Europäischer Union, gefördert werden.

7.10.2026

Dr. Schwarz, Dr. Becker, Prof. Dr. Bruns, Dr. Preusch, M. Schneider, Sturm CDU

Begründung

Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus am Generallandesarchiv Karlsruhe leistet mit der Sammlung und Erschließung analoger und digitaler Quellen, dem laufenden Monitoring sowie ihrer Vermittlungs- und Vernetzungsarbeit einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Ihre gesetzliche Verankerung im Landesarchivgesetz im Jahr 2025 unterstreicht die dauerhafte Bedeutung dieser Aufgabe.

Nach der Darstellung des Generallandesarchivs ist die personelle Situation der DokRex mit Blick auf das Jahr 2027 jedoch angespannt. Zwei der drei festen Stellen werden frei; zudem scheiden befristet Beschäftigte aus. Gleichzeitig stehen wichtige Vorhaben an, darunter die Umsetzung eines neuen Monitoring-Konzepts, die Intensivierung der Forschungszusammenarbeit mit dem IRex und der Aufbau eines digitalen Angebots. Vor diesem Hintergrund soll der Antrag klären, wie die Landesregierung die Kontinuität und Weiterentwicklung der DokRex sichern will und welche Rolle dabei eine mögliche Verbindung mit der KI-Strategie des Landes spielen kann.